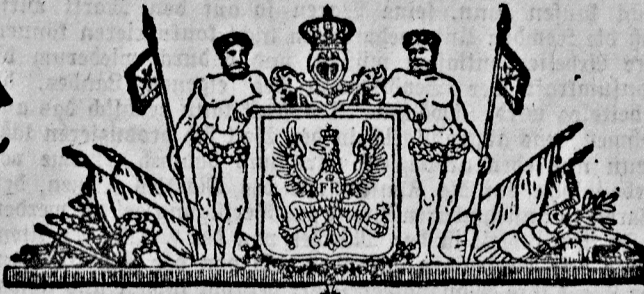


# Vossische



# Zeitung

1.50 Mark  
(Ausland: 3 Mark)

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 45 Mark; unter Streifband 85 Mark im Inland, 100 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streiks kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Zeile 18 Mark. Familienanzeigen 8 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Auan d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin Unverlangt. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein: Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Reparationsproblem — Weltproblem.

### Wirth und Rathenau in Stuttgart.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

h Stuttgart, 9. Juni.

Im Konzertsaal der Stuttgarter Piederhalle sprach heute vor etwa 800 geladenen Gästen Reichskanzler Dr. Wirth

Er wies zunächst die Behauptung, daß die süddeutschen Politiker, die in Berlin an berufener Stelle stehen, nach kurzer Zeit ihre Zugehörigkeit zu Süddeutschland vergessen hätten, als unnützes Gerede zurück, und dankte für die durch den Staatspräsidenten Sieber vorher zum Ausdruck gebrachte Reichstreue der Schwaben. „Das Ziel unserer Politik“, so führte er weiter aus, „ist das Wohl des deutschen Volkes und die Erhaltung seiner politischen und wirtschaftlichen Einheit. Die letzten Gefahren für diese Einheit seien noch nicht verschwunden. Aber nicht ein mächtiges, wiedererblichtes Deutschland bilde eine Gefahr für Europa, sondern ein in Atome zerrissenes deutsches Volk. Die große Aufgabe der Erhaltung des Reiches kann aber nur gelöst werden unter Mitarbeit der deutschen Arbeiterchaft aller Richtungen, die gewerkschaftlich denken und gewerkschaftlich organisiert sind. Auch alle Beamtenverbände müssen diesem Gebot mit ganz besonderem Eifer dienen.“

Der Kanzler ging dann zur Besprechung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage über und erklärte, daß das Teuerungproblem nicht mit der Rotenpresse gelöst werden könne, sondern auch als große außenpolitische Aufgabe des deutschen Volkes betrachtet werden müsse. Den Fortschritt in den politischen Beziehungen des Deutschen Reiches zu den früher feindlichen Staaten erkennt man am deutlichsten an der Sprache, die diese führen. Vor einem Jahr wurde noch im Ton des Ultimatums und der Diktatur mit Deutschland gesprochen. Ganz anders war es auf der Konferenz von Genua. Man hat sich hier dreieinhalb Jahre nach Schluß des Weltkrieges um einen Verhandlungstisch gesetzt und begonnen, in ruhiger nüchternen Form miteinander zu sprechen. Das ist ein großer Fortschritt in der Geschichte Europas, welcher nicht erzielt worden wäre, mit der sogenannten Politik der Ablehnung und passiven Resistenz. Die Genueser Konferenz hat weiter gezeigt, daß wir als Vertreter des Reiches politisch wieder Boden unter den Füßen gehabt haben.

Zu der Besprechung des Vertrages von Rapallo übergehend, gab der Kanzler der Ueberzeugung Ausdruck, daß durch dieses wirtschaftliche Zusammenarbeiten mit Rußland nicht nur uns, sondern dem ganzen dahinstreichenden Europa geholfen wird. Der Vertrag von Rapallo wird nicht der letzte der europäischen Völker mit der Ostwelt, sondern der erste sein, dem bald weitere nachfolgen werden.

Aber auch damit ist die Bedeutung der Genueser Konferenz nicht erschöpft. Es gab dort sehr wichtige Fragen, über die nicht offiziell gesprochen wurde. Die wichtigste Frage, die deutsche, kam nicht offiziell zur Sprache, aber wo sich zwei vernünftige Menschen in Genua trafen, wurde über das Reparationsproblem, das zum Weltproblem geworden ist, gesprochen. Die große Aufgabe der deutschen Politik ist es, die Frage der Reparationen — in Wirklichkeit sind es Kontributionen — allmählich aus dem politischen Segentessel in das Reich wirtschaftlicher Erwägungen überzuführen.

Zum Schluß streifte der Reichskanzler noch kurz die Anleihefrage. Er stellte mit Befriedigung fest, daß in dem Anleiheauschuß Männer der englischen und amerikanischen Hochfinanz sitzen, die schon im vergangenen Jahre die Unmöglichkeit der Londoner Zahlungsbedingungen erklärt hatten.

Nach den mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Reichskanzlers sprach Minister Dr. Rathenau über das Reparationsproblem.

In Genua, wo diese Frage nicht offiziell besprochen wurde, sei bei allen inoffiziellen Besprechungen die Ueberzeugung von der wirtschaftlichen Verflochtenheit der Interessen aller europäischen Staaten und von der Undurchführbarkeit der Londoner Zahlungsbedingungen zutage getreten. Als einen der wichtigsten Schritte auf dem Wege der Loslösung von dem Geiste des Londoner Ultimatums erklärte der Redner die Beratungen des Bankenkongressums in Paris. Tatsächlich sei dies der bedeutungsvolle Vorgang seit dem Ultimatum in London. Die Antwort des Konföderations auf die Frage, ob Deutschland die 132 Goldmilliarden aufbringen könne, sei ein glattes „Nein“.

Zum Schluß bezeichnete Minister Rathenau die Politik der Versöhnung als die einzig mögliche und richtige. Ohne diese Politik wäre nach einem Ausspruch Lloyd Georges das Deutsche

Reich schon im vergangenen Jahre in Trümmer gegangen. Wenn einst die Geschichte der jetzigen Epoche geschrieben werde, werde darin zum Ausdruck kommen, daß nur Geduld, Tatkraft, Opfer Sinn und Idealismus das deutsche Volk aus seiner tiefen Erniedrigung emporführen könnte.

h Stuttgart, 9. Juni.

Bei der Besprechung, die der Reichskanzler und Minister Rathenau im Beisein des württembergischen Staatspräsidenten und des Reichspresseschefs Müller mit Vertretern der württembergischen

### Vertagung des Anleihe-Komitees?

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

\* Paris, 9. Juni.

In später Abendstunde wird der Presse von halbamtlicher französischer Seite folgende Mitteilung übergeben:

„Das Anleihekomitee ist in seiner heutigen Nachmittagsitzung zu dem Beschluß gelangt, daß im Augenblick angesichts der gegenwärtigen Lage der Dinge keine Entscheidung über die Ausgabe einer internationalen Anleihe getroffen werden könne, die dazu bestimmt ist, einen Teil der deutschen Wiedergutmachungszahlungen zu decken. Infolgedessen hat das Anleihekomitee beschlossen, sich auf drei Monate zu vertagen und dann seine Beratungen wieder aufzunehmen.“

vi Paris, 9. Juni.

Die Mitglieder des Anleihekomitees stehen, meinen Informationen zufolge, ausnahmslos auf dem Standpunkt, daß diese kleine Anleihe nur als ein Provisorium in Erwartung einer umfassenderen Lösung durch eine große Anleihe zu betrachten ist. Die große Anleihe muß aber, nach ihrer Ansicht, wegen der gegenwärtigen Widerstände um einige Monate vertagt werden. Es ist anzunehmen, daß man erst die amerikanischen Herbstwahlen vorübergehen lassen will, um dann die Frage der Herabsetzung der deutschen Schuld in Verbindung mit einem etwaigen Schuldenerlaß unter den Verbündeten aufs neue aufzurufen. Die morgige Sitzung des Anleihekomitees wird voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein.

(Siehe auch dritte Seite.)

Presse hatten, wurde auch die Frage aufgeworfen: „Was erhofft Deutschland von der Haager Konferenz?“

In seiner Antwort auf diese Frage wies Reichsminister Dr. Rathenau darauf hin, daß die Haager Konferenz als eine Fortsetzung der Genueser Konferenz zu betrachten sei in der sich Sachverständige aus Rußland einerseits und Vertreter westeuropäischer Länder andererseits zusammenfinden. Deutschland werde selbstverständlich diese Unterhandlungen im Haag mit Interesse verfolgen und sich gern und freudig zur Verfügung halten, wenn seine Vermittlung oder Anhörung gewünscht werde. Aufdrängen werde sich Deutschland keinesfalls, und es habe deshalb auch nicht um Teilnahme an der Konferenz nachgesucht.

In den weiteren Ausführungen Rathenaus über diese Frage kam noch zum Ausdruck, daß es die deutsche Regierung sehr begrüßen würde, wenn auf der Haager Konferenz eine Annäherung Rußlands mit den westeuropäischen Ländern stattfinden würde. Deutschland werde auf das russische Wirtschaftssystem keinen Einfluß ausüben versuchen und Rußland weder monopolisieren noch kolonisieren. Deutschland wünsche mit Rußland in guten freundschaftlichen Beziehungen zu verkehren, doch soll der Zusammenhang nur auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Andere Länder müßten Rußland mit Geld und Gut helfen, Deutschland aber mit geistigen und Arbeitskräften.

Anknüpfend an die Ausführungen des Ministers Dr. Rathenau hob der Reichskanzler ausdrücklich hervor, daß bezüglich des Verhältnisses zwischen Rußland und Deutschland zwischen ihm und Minister Rathenau volle Uebereinstimmung bestehe.

Der Reichskanzler begibt sich mit dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Sieber und mit dem zu diesem Zweck nach Stuttgart kommenden badischen Staatspräsidenten Summel am Sonnabend nach Freiburgstadt zu einer Besprechung mit dem Reichspräsidenten Ebert.

## Die Atempause.

Von  
Georg Bernhard.

Es ist eine alte Regel jeder öffentlich diskutierten Politik: Nur selten führt die Diskussion zur Klärung, öfter dient sie nur dazu, die Vorstellung von den Dingen zu verwirren. So steht es leider auch um die Auseinandersetzungen über die provisorische oder die definitive Lösung des Reparationsproblems. Diejenigen, die so begeistert für die definitive Lösung eintreten, verschweigen, daß sie gar nicht völlig endgültig ist. Denn selbst, wenn die Reparationsschuld Deutschlands endgültig in ihrer Höhe bestimmt werden sollte, so steht noch keineswegs endgültig fest, daß Deutschland diese Summe auch zahlen kann und zahlen wird. Vor allem aber kann auf gar keinen Fall der ganze Betrag sofort als Anleihe aufgelegt werden. Vielmehr würde die erste Rate dieser Anleihe gar nicht viel größer sein als die sogenannte kleine Anleihe, die man als provisorische Lösung bezeichnet.

Aber auch diese vorläufige Lösung ist, wenn sie so durchgeführt wird, wie man es in Deutschland wünscht, nicht völlig provisorisch. Es wird allerdings darauf verzichtet, jetzt endgültig zu bestimmen, was Deutschland insgesamt zu zahlen hat. Aber die Voraussetzung der kleinen Anleihe ist, daß die Jahresraten, die von ihr umfaßt werden, damit als endgültig abgetragen gelten. Sie regelt mithin endgültig diese „provisorische“ Lösung, regelt mithin endgültig die Zahlungsverpflichtungen der nächsten Jahre, sie läßt alles Spätere in der Schwebel.

Daß diese kleine Anleihe der deutschen Politik und dem deutschen Wirtschaftsleben eine wirkliche Atempause gewährt, hängt natürlich davon ab, ob ihr Betrag auch groß genug wird. Er darf nicht bloß die Reparationszahlungen für die nächsten Jahre umfassen, sondern muß auch ausreichen, um alle diejenigen Beträge, die die deutsche Zahlungsbilanz besonders beschweren, zu decken. Insbesondere kommen hier die Clearing-Zahlungen in Betracht, die Deutschland im Ausgleichsverfahren für den Ueberschuß der Forderungen ausländischer Gläubiger gegen deutsche Privats über die Forderungen deutscher Gläubiger an ausländische Privats aus der Vorkriegszeit zu zahlen hat, und endlich der Gegenwert für diejenigen aus dem Ausland einzuführenden Rohstoffe, die für die Herstellung der Sachlieferungen aus der Reparationsverpflichtung bezogen werden müssen. Man rechnet daher, daß die kleine Anleihe insgesamt einen Betrag von etwa vier Milliarden Goldmark betragen und damit die Reparationsverpflichtungen in Geld bis in das Jahr 1926 hinein abgelenken soll.

Es bedarf eigentlich gar nicht vieler Worte, um den Vorteil dieser Lösung für Deutschland zu kennzeichnen. Während bisher die reinen Reparationszahlungen selbst nach dem Abschluß durch die Canner Bestimmungen 720 Millionen Goldmark betragen, wären für Verzinsung und Tilgung der kleinen Anleihe jährlich von Deutschland nur 400 Millionen Goldmark auszubringen. Abgesehen von der Erleichterung, die das Budget dadurch erfährt, wird die Zahlungsbilanz in viel stärkerer Weise noch entlastet. Denn aus der Anleihe werden ja eben auch die Clearing-Zahlungen und ein Teil des deutschen Golddevisenbestandes gedeckt, was man zusammen auf rund 600 Millionen Goldmark veranschlagen muß. Insgesamt also hätte Deutschland beim Zustandekommen der provisorischen Lösung bis zum Jahre 1926 um eine Milliarde Goldmark jährlich weniger Goldwerte ans Ausland abzuführen, als das beim jetzigen Zustand der Dinge der Fall wäre.

Weshalb soll nun diese Atempause so fürchtbar gefährlich sein? Zunächst wird darauf hingewiesen, daß die Mark im Werte steigen und damit für Deutschland schwierige Wirtschaftsverhältnisse herbeiführen wird. Daß die Mark steigt, wenn die Zahlungsbilanz so verändert wird, wie es oben dargestellt wurde, unterliegt natürlich keinem Zweifel. Aber würde sie denn bei der „endgültigen“ Lösung des Reparationsproblems nicht auch steigen? Wenn diese endgültige Lösung so günstig ausfallen könnte — wie ihre Anhänger doch hoffen müssen, wenn sie jetzt so laut nach dieser Regelung rufen —, so läge doch aller Grund vor, daß die Mark rapid in die Höhe schnebelt.

Aber die Gegner der provisorischen Lösung befürchten, daß die Mark über Gebühr in die Höhe geht. Auch das ist möglich und sogar wahrscheinlich. Denn leider hängt ja die Gestaltung der auswärtigen Wechselkurse nicht allein und mechanisch von der jeweiligen Gestaltung der Zahlungsbilanz, sondern auch von den Hoffnungen und Befürchtungen der Spekulation ab. Die Spekulation hat augenblicklich die Mark weit über Gebühr gedrückt, und gerade die Tatsache, daß deutsche Staatsbürger ihre Kapitalien ins Ausland brachten, aus Angst, ihr Geld könne sich in der Heimat noch weiter entwerten, ist an der zunehmenden Bevelenung der Mark recht wesentlich mit schuld. Es unterliegt deshalb gar keinem Zweifel, daß in dem Augenblick, wo die deutsche Zahlungsbilanz kräftig entlastet wird, die Spekulation sich dreht, und daß sich dann erst herausstellen wird, wieviel deutsches Kapital im Ausland liegt, das jetzt ängstlich auf allen möglichen Wegen heimzufinden trachten wird. Da ist es durchaus möglich,